WIRTSCHAFT UND ÖKOLOGIE 05.05.2026 | Wouter van de Klippe

Wer trägt die grüne Wende?

Klimapolitik ohne Arbeiter: Europas Transformation droht Jobs zu kosten – und den Rückhalt gleich mit.

Am 1. Mai gedenken wir jedes Jahr den Errungenschaften der internationalen Arbeiterbewegung. Vom Achtstundentag über bezahlten Urlaub bis hin zum Wochenende – oft halten wir die Ergebnisse jahrelanger Organisation und Anstrengungen für selbstverständlich. Diese Kämpfe waren langwierig und kostspielig, und viele Arbeiter und Gewerkschafter haben ihr Leben gegeben, damit unser Alltag besser, erfüllter und freier von Ausbeutung und Ungleichheit sein kann.

Und doch war die diesjährige Feier des Internationalen Tags der Arbeit spürbar anders. Es ist deutlich geworden, dass die europäische Arbeiterklasse zunehmend unter Druck steht und die Arbeiterbewegung selbst an Boden verliert.

Eine anhaltende Industriekrise, in der Stahlwerke Kapazitäten abbauen und große Arbeitgeber wie Volkswagen drastische Entlassungen ankündigen, macht deutlich, wie tiefgreifend, umfassend und langfristig die Krise ist. Der jüngste Energieschock infolge der Sperrung der Straße von Hormus hat dies erneut schmerzlich vor Augen geführt. Europas Abhängigkeit von den volatilen Öl- und Gasmärkten ist nicht nur ein Umweltproblem, sie ist eine wirtschaftliche und geopolitische Schwachstelle. Und wie so oft werden die Kosten ungleich verteilt. Steigende Energiepreise werden Arbeiterfamilien am härtesten treffen – sowohl direkt über steigende Energiekosten als auch indirekt durch den Verlust von Arbeitsplätzen in energieintensiven Branchen.

Gleichzeitig tut sich die organisierte Arbeiterschaft schwer, Antworten darauf zu finden. Die Organisation in Gewerkschaften war noch nie so niedrig, insbesondere unter jüngeren Arbeitnehmern, von denen viele Gewerkschaften für ihr Leben nicht mehr relevant finden. Dieser Verlust an kollektiver Macht tritt genau in dem Moment ein, in dem sie am dringendsten benötigt wird.

Zusammengenommen offenbaren diese Belastungen ein tieferes Problem: Europas grüner Wandel droht bestehende Ungleichheiten

weiter zu verschärfen, da er ohne die Arbeitnehmer gestaltet wird. Krisen schaffen auch Chancen. Die Frage ist nicht, ob Europa seine Wirtschaft umgestalten wird, sondern wie – und für wen.

Die Frage ist nicht, ob Europa seine Wirtschaft umgestalten wird, sondern wie – und für wen.

Kurzfristig müssen die europäischen Entscheidungsträger handeln, um die Bürger vor unmittelbaren Preissteigerungen zu schützen, die verheerende Folgen für ihren Lebensunterhalt haben könnten. Seit der durch die Invasion der Ukraine ausgelösten Energiekrise fordert der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) als Reaktion auf die Belastung der europäischen Industrie einen stärkeren Beschäftigungsschutz. Zudem plädieren Analysten für subventionierte Energiezuteilungen, um sicherzustellen, dass Haushalte Zugang zu einer Grundversorgung mit bezahlbarer Energie haben und die Krise überstehen können.

Gleichzeitig muss Europa grundlegende Veränderungen vorantreiben, die die Anfälligkeit des Kontinents für solche Schocks in Zukunft verringern – und dabei sicherstellen, dass diese Maßnahmen unter klarer Berücksichtigung ihrer unterschiedlichen Auswirkungen auf die verschiedenen sozialen Schichten konzipiert werden.

Es gibt immer mehr Belege dafür, dass die Dekarbonisierung sowohl die Bürger als auch die Volkswirtschaften vor starken Schwankungen der Energiepreise schützen kann. Länder wie Spanien, die stark in erneuerbare Energien investiert haben, waren solchen Schocks weitaus weniger ausgesetzt. Infolgedessen hat das Land derzeit einige der niedrigsten Energiepreise in der EU. Dennoch bleibt Europas derzeitiger Ansatz politisch instabil, da er sozial unausgewogen ist.

Viele wichtige Dekarbonisierungsprogramme in Europa kommen überproportional Haushalten mit höherem Einkommen zugute, während sie einkommensschwachen Familien wenig bieten. So kommen beispielsweise Programme, die Anreize für den Kauf neuer Elektrofahrzeuge bieten, überwiegend denjenigen zugute, die sich ohnehin schon Neuwagen leisten können. Unterdessen treiben Maßnahmen wie das Emissionshandelssystem – das Kronjuwel der EU-Dekarbonisierungspolitik – die Kosten so in die Höhe, dass einkommensschwache Gruppen und Regionen, die von energieintensiven Industrien abhängig sind, am härtesten getroffen werden.

Kurz gesagt: Europa verfolgt derzeit einen Wandel, der stark auf Marktmechanismen setzt, versäumt es jedoch, deren vorhersehbare soziale Folgen zu korrigieren. Experten haben dies als „Kohlenstoff-Schocktherapie“ bezeichnet und davor gewarnt, dass dieser Ansatz angesichts volatiler Energiemärkte und des intensiven internationalen Wettbewerbs zu einer Deindustrialisierung führt. Steigende Kosten für energieintensive Industrien ohne angemessene und koordinierte staatliche Unterstützung für neue Alternativen führen zu einem „ungeordneten“ Dekarbonisierungsprozess, der massive Arbeitsplatzverluste und schrumpfende Industriekapazitäten riskiert.

Das Ergebnis ist ein wachsendes Gefühl, dass der grüne Wandel etwas sei, das den Arbeitnehmern *angetan* werde, nicht *für* und *mit* ihnen. Es überrascht nicht, dass dies Ressentiments geschürt und rechtsextreme Kräfte gestärkt hat, die darauf aus sind, wirtschaftliche Unsicherheit als Waffe gegen grüne Politik einzusetzen.

Wir müssen uns klar von der Vorstellung verabschieden, dass Märkte allein einen fairen Wandel bewirken könnten.

Wir müssen uns klar von der Vorstellung verabschieden, dass Märkte allein einen fairen Wandel bewirken könnten. Stattdessen braucht Europa eine ehrgeizigere, staatlich gelenkte Industriestrategie – eine, die Dekarbonisierung als kollektives Projekt und nicht als Marktkorrektur betrachtet. Es gibt bereits erste Ansätze, wie das aussehen könnte. Frankreichs *Social Leasing*-Initiative, die Haushalten einen kostengünstigen Zugang zu Elektrofahrzeugen ermöglicht, erweitert den Zugang über wohlhabende Haushalte hinaus. Darüber hinaus bringen Investitionen in erschwinglichen öffentlichen Nahverkehr weitaus größere Vorteile für einkommensschwächere Gruppen als Subventionen für den privaten Konsum. Und Europas *Industrial Accelerator Act* stellt Mittel zur Unterstützung der Dekarbonisierung angeschlagener Industriezweige bereit. Doch diese Bemühungen bleiben fragmentiert und unzureichend.

Eine ernsthafte Strategie müsste groß angelegte öffentliche Investitionen mit Beschäftigungsgarantien, Umschulungsprogrammen und einem stärkeren Kündigungsschutz verbinden. Sie müsste auch neue Formen öffentlichen oder gemeinschaftlichen Eigentums in Schlüsselbranchen erfordern, um sicherzustellen, dass die Vorteile des Wandels breit geteilt werden.

Entscheidend ist dabei auch eine aktivere Rolle der Gewerkschaften selbst – nicht nur als Verteidiger bestehender Arbeitsplätze, sondern als Mitgestalter des industriellen Wandels. Dies erfordert die Ausarbeitung politischer Maßnahmen gemeinsam mit Arbeitnehmern und Gewerkschaften, wobei die zentrale Rolle der Arbeit beim Ausstieg aus fossilen Brennstoffen hervorgehoben werden muss. Kurzum: Die Dekarbonisierung muss als Arbeitspolitik konzipiert werden.

Ohne Druck wird nichts davon geschehen. Europa befindet sich derzeit in einer Phase konkurrierender Visionen darüber, wie man aus der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen ausbrechen kann. Verzögerungen, wie die Aufhebung des EU-Verbots für neue Verbrennungsmotoren, spiegeln die Angst vor mutigen Maßnahmen und Zugeständnisse an die etablierten Autohersteller wider, während die Wiederaufnahme der Diskussionen über Bohrungen in der Arktis nur von den notwendigen mutigen Maßnahmen ablenken wird. Gleichzeitig spiegelt das anhaltende Vertrauen in Deregulierung als Wachstumsstrategie eine politische Unwilligkeit wider, sich dem Ausmaß des erforderlichen Strukturwandels zu stellen, und stellt eher eine Wunschliste multinationaler Lobbyisten dar als ernsthafte industriepolitische Entscheidungsfindung.

Dekarbonisierung muss als Arbeitspolitik konzipiert werden.

Hier muss sich die Arbeiterbewegung wieder behaupten. Ehrgeizige politische Maßnahmen zur Umgestaltung der europäischen Wirtschaft unter der Führung der europäischen Arbeitnehmer erfordern Druck und koordiniertes Handeln. Dies bedeutet auch, sich einen Platz am Tisch zu sichern, an dem die Industriepolitik gestaltet wird. Denn es sind die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften, die besser als jeder andere wissen, welche politischen Maßnahmen erforderlich sind, um die europäischen Volkswirtschaften so umzugestalten, dass sie Akzeptanz und Unterstützung in der Bevölkerung für eine ehrgeizige Dekarbonisierung fördern.

Letztendlich sind es die Arbeitnehmer, die die für Europas dekarbonisierte Zukunft notwendige Infrastruktur aufbauen werden. Und es sind die Arbeitnehmer, die die Hauptlast der Verwüstung tragen würden, die entstehen könnte, wenn man es falsch macht. Das verleiht ihnen sowohl ein materielles Interesse als auch eine einzigartige Autorität bei der Gestaltung der Zukunft. Die Geschichte der Arbeiterbewegung ist eine Geschichte des Kampfes, der Veränderungen erzwungen hat, die

einst unmöglich schienen. Es gibt keinen Grund zur Annahme, dass es diesmal anders sein wird. Der Druck, diese politischen Maßnahmen durchzusetzen, muss von einer Arbeiterbewegung ausgehen, die geschlossen und selbstbewusst auftritt, statt nachgiebig und zurückhaltend.

Für die Gewerkschaften ist das auch eine Chance. Indem sie sich in den Mittelpunkt des ökologischen Wandels stellen – indem sie konkrete Errungenschaften, gerechte Verteilung und demokratische Kontrolle fordern und politische Maßnahmen mitgestalten –, können sie ihre Relevanz wiederherstellen und eine neue Verbindung zu jüngeren Generationen aufbauen.



Wouter van de Klippe
Barcelona

Wouter van de Klippe ist freiberuflicher Journalist und Forscher im Bereich der politischen Ökonomie.